

Zuschrift: Ruedi Lustenberger, CVP Romoos, blickt auf die Herbstsession zurück

«Eine Doppelvakanz im Bundesrat hätte mehr Spielraum ermöglicht»

Die Rücktrittserklärung von Bundesrätin Ruth Dreifuss war das Hauptgesprächsthema während der Herbstsession. Das Kernenergiegesetz und die Gen Lex im Nationalrat sowie der Neue Bundesstaatliche Finanzausgleich im Ständerat bildeten die Schwerpunkte in den Beratungen. Zudem sorgte der desolate Zustand der Swiss Dairy Food für sehr viel Gesprächsstoff.

Nach zehn Jahren Regierungstätigkeit gab Bundesrätin Ruth Dreifuss den seit Wochen erwarteten Rücktritt auf Ende Jahr bekannt. Mit ihr tritt eine Magistratin von der politischen Bühne ab, welche die Innenpolitik in den 90er-Jahren stark mitgeprägt hat. In ihrem Aufgabenbereich des Departementes des Innern sind gesellschaftspolitische Dauerbrenner wie die Kranken- und Sozialversicherungen angesiedelt. Beim Bilanzieren des Wirkens von Frau Dreifuss ist ihre politische Haltung mit einzubeziehen. Sie wurde in einer denkwürdigen Wahl in erster Linie als Frau, und erst in zweiter Linie als Politikerin – als solche war sie dem Schweizervolk vor ihrer Wahl beinahe unbekannt – in den Bundesrat gewählt. Und dort ist sie sich und ihrer Ideologie stets treu geblieben, ohne dabei das Kollegialprinzip im Bundesrat zu strapazieren. Ideologisch ist Frau Dreifuss geblieben, was sie schon immer war: Eine überzeugte Frauenrechtlerin, eine konsequente Sozialistin und Gewerkschafterin. Diese Gesinnung hat dann auch ihr Wirken im Bundesrat und vor allem in ihrem Departement stark geprägt. Sie hat sich für die Anliegen der Frauen und für die sozial Benachteiligten stark gemacht. Diese von ihr gewählte Priorisierung hat ihr mithin auch den Vorwurf eingebracht, ihrer Politik mangle es an Ganzheitlichkeit. Vor allem dann, wenn es um die Finanzierung ihrer Projekte ging. Somit fällt eine Würdigung des Wirkens von Bundesrätin Dreifuss aus meiner subjektiven Sicht eher zwiespältig aus. Zwei Eigenschaften gilt es aber hervorzuheben: Frau Dreifuss war als Departementsvorsteherin hervorragend orientiert über die Sachgeschäfte, die sie zu vertreten hatte. Ihre Detailkenntnisse in den einzelnen Dossiers sind beispielhaft. Zudem trat sie als freundliche, bürgernahe Bundesrätin auf, die manch heikle Situationen mit dem nötigen Humor meisterte. Dabei kam ihr oftmals der sprichwörtliche welsche Charme zu Hilfe.

Die Dreifuss-Nachfolge

Wenn es nach dem Willen des SP- Vorstandes geht, wird im Dezember eine Sozialdemokratin aus der lateinischen Schweiz in den Bundesrat gewählt. Dabei stehen drei Namen im Vordergrund. Die amtierende Nationalratspräsidentin Liliane Maury-Pasquier, sowie die beiden Regierungsrätinnen Frau Pesenti (TI) und Frau Calmey-Rey (GE). Die Chancen dieser drei Kandidatinnen sind durchaus intakt. Daran wird auch das bewusst inszenierte Manöver einer sicher scheinenden SVP-Kandidatur nichts ändern. Es könnte allerdings dazu führen, dass bei der SP neue Namen ins Spiel gebracht werden. Weil davon ausgegangen wird, dass Bundesrat Leuenberger nicht mehr all zu lang im Amt bleiben wird, sind die Chancen von pragmatischen SP-Leuten aus der deutschen Schweiz noch nicht vom Tisch. Dabei würden Namen wie Marti, Hofmann und Sommaruga im Vordergrund stehen. Bereits wird öffentlich darüber spekuliert, wie die neue Departementsverteilung im Bundesrat aussehen wird. Am meisten Wechselgelüste scheint Bundesrat Couchepin zu haben. Einem Wechsel ins Departement des Innern (EDI) scheint er nicht abgeneigt zu sein. Er würde seinem Nachfolger allerdings ein problematisches Umfeld im Agrarbereich hinterlassen.

Kaspar Villiger bleibt noch ein Jahr im Bundesrat

Vielfach wurde über einen gemeinsamen Rücktritt von Ruth Dreifuss und Kaspar Villiger aus dem Bundesrat spekuliert. Zugegebenermassen hätte eine Doppelvakanz viel mehr Spielraum

bei der personellen Neubesetzung und bei der Departementsverteilung gegeben. Gleichwohl bin ich froh (und in dieser Meinung in grosser und prominenter Gesellschaft), dass Bundesrat Villiger bis Ende 2003 im Amt bleibt. Mit dem Neuen Bundesstaatlichen Finanzausgleich (NFA) hat Bundesrat Villiger ein Werk auf der Zielgeraden, das für den Föderalismus in der Schweiz überlebenswichtig scheint. Die Debatte im Ständerat hat gezeigt, dass die Akzeptanz für einen massvollen Ausgleich zwischen wohlhabenden und finanzschwachen Kantonen gestiegen ist. Dass die Vorlage auch im Nationalrat durchkommt, dafür scheint Bundesrat Villiger in doppelter Hinsicht Garant zu sein. Seinen gut begründeten staatspolitischen Argumenten für den NFA ist sehr schwer zu widersprechen. Zudem ist er in der Lage, die FDP-Fraktion in dieser Frage fast geschlossen hinter sich zu vereinen. Während die Leistungen des NFA für die SP und die Grünen zu wenig weit gehen, votiert die SVP für das Gegenteil. Sie möchte möglichst viel Steuerwettbewerb und nimmt damit bewusst ein sehr grosses Steuergefälle in der Schweiz in Kauf. Deshalb braucht es eine geschlossene FDP, die es zusammen mit der CVP in der Hand hat, die Opposition von links und rechts abzuwehren und dem NFA zum Durchbruch zu verhelfen. Gerade für den Kanton Luzern steht dabei viel auf dem Spiel. Er würde schätzungsweise mit jährlich etwa 50 Millionen Franken profitieren.

Gesetz über die Gentechnik (Gen-Lex)

In einer ausführlichen Debatte hat der Nationalrat in diesem aktuellen und heiklen Bereich ein Gesetz beraten. Die Gentechnologie ist sowohl in Wissenschaft wie Gesellschaft zu einer Glaubensfrage geworden. Diskussionen in Glaubensfragen werden vielfach sehr emotional geführt. Das war auch in der Debatte über die Gen-Lex der Fall. Es entbrannte ein ideologischer Glaubenskrieg. Hier die entschiedenen Befürworter, die den Forschungs- und Werkplatz Schweiz in den Vordergrund stellten. Dort die mahnenden Worte der Gegner, welche vor den nicht absehbaren Folgen der Gentechnik warnten. Selten traten so viele Interessenvertreter auf. Auf der einen Seite die Pharmaindustrie, die Forschungsanstalten und die Agrochemie. Auf der anderen Seite die Interessen des Konsumentenschutzes, des Naturschutzes und der Landwirtschaft. Pikanterweise gingen die Fronten, mit Ausnahme der SP und der Grünen, mitten durch die Fraktionen. So ergaben sich in den strittigen Fragen zwei etwa gleich grosse Lager. Die Entscheide waren vielfach sehr knapp. Es wurde ein Mittelweg gefunden zwischen einem Freipass für die Forschung und einem Totalverbot. Persönlich habe ich ein fünfjähriges Moratorium für die kommerzielle Freisetzung befürwortet. Das gäbe Zeit, das Gefahrenpotenzial besser abzuklären. Das wäre speziell im Interesse der Landwirtschaft und der KonsumentInnen.

Die Wintersession beginnt am 25. November. Am 4. Dezember findet die Ersatzwahl in den Bundesrat statt. Darüber und über weitere Sessions-Schwerpunkte berichte ich das nächste Mal.

Ruedi Lustenberger